

position

The logo consists of a red parallelogram shape pointing downwards and to the right, containing the white text 'DGB' in a bold, sans-serif font.

DGB

Stellungnahme des DGB und der Mitgliedsgewerkschaften des Öffentlichen Dienstes zum Entwurf eines Gesetzes zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

Impressum

Herausgeber:

DGB Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Bereich: Bildungspolitik, Öffentlicher Dienst/Beamtenpolitik, Hochschulpolitik

Otto-Brenner-Str. 7

30159 Hannover

www.niedersachsen.dgb.de

verantwortlich: Helga Papendick-Apel

Stand: 23.11.2009

Stellungnahme des DGB und der Mitgliedsge- werkschaften des Öffentlichen Dienstes zum Entwurf eines Gesetzes zum Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und die Mitgliedsgewerkschaften des Öffentlichen Dienstes haben Bedenken gegen die Regelung im § 2, nach der der Versorgungslastenteilungs-Staatsvertrag auch für Dienstherrnwechsel innerhalb des Landes Niedersachsen entsprechend gelten soll.

Nach unserer Auffassung widerspricht diese Regelung der Absicht, mobilitätsfördernde Vorschriften zu schaffen. Wir sehen darin eine Erschwernis beim Dienstherrnwechsel und damit einen faktischen Ausschluss, weil unter Umständen die Kosten, die zum Zeitpunkt des Wechsels entstehen, von den abgebenden Dienstherrn nicht getragen werden können. Dies betrifft sowohl die Dienstherrn als auch die Beschäftigten. Da es sich bei Dienstherrnwechsel sehr oft um Familienzusammenführung handelt, ist diese Regelung auch nicht familienfreundlich. Nichtfinanzkräftige Dienstherrn könnten durch diese Regelung unattraktiver werden, da zu befürchten ist, dass ein Wechsel nicht mehr möglich sein kann.

Wir regen an, eine Regelung bezüglich der Dienstherrn ohne Dienstherrneigenschaft zu schaffen.

Von besonderer Bedeutung werden die gemäß § 2 Abs. 3 möglichen abweichenden Regelungen sein.